

vorn als die neuen Saubermänner der neuen deutschen DDR-Geschichte präsentierten,

(Beifall vor allem bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

ohne ein Wort der Mitschuld zu verlieren. Ich gebe Ihnen den dringenden Rat, Mitscherlichs „Die Unfähigkeit zu trauern“ zu lesen und zu verinnerlichen; denn Verdrängung trägt nicht zu Ihrer Glaubwürdigkeit bei, meine Herren.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Nachdruck möchte ich folgende Punkte hervorheben, die meiner Meinung nach in der Regierungserklärung einen zu geringen Stellenwert bekommen haben: Erstens muß die Finanzierung der Arbeitsförderung unbedingten Vorrang bekommen vor der Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Es ist völlig unverständlich, daß Betriebsdirektoren jetzt ihre Berufsbildungseinrichtungen abstoßen. An diesen Stätten muß die Qualifizierung erfolgen. Diese Verhaltensweisen täuschen nur eine kurzfristige Rentabilität vor und beweisen, daß solchen Leitern Verantwortungsbewußtsein völlig fehlt, die Interessen ihrer Mitarbeiter ihnen völlig egal sind, wenn sie nur ihre Posten halten können.

(Beifall)

Zweitens: Es reicht nicht, wenn wir eine offene Jugendarbeit anstreben. Ich kann nur das unterstreichen, was Marianne Birthler hier sagte und möchte nichts wiederholen. Aber es geht darum, der Jugend die Mitbestimmung zu garantieren; denn es ist ihre Zukunft, über die wir heute in der Gesellschaft und im Parlament Entscheidungen fällen werden.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Dazu gehört die parlamentarische Unterstützung ihrer Interessen. Das Problem der Finanzierung von Jugendclubs muß uns ein sofortiges, dringliches Anliegen sein.

Kommunikationszentren sind Orte des menschlichen Zueinanderfindens und gleichzeitig Orte der politischen Bildung und der offenen friedlichen Auseinandersetzung. Es sind notwendige Voraussetzungen für Demokratie, die wir nach 40 Jahren Heuchelei bitter nötig haben. Die Kultur des friedlichen politischen Streites muß im Dialog erlernt werden können, und dabei sollte es selbstverständlich sein, daß auch behinderte Jugendliche und junge ausländische Mitbürger Zugang zu diesen Orten der Begegnung haben.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Auch die Fraktion der SPD wird den Antrag in das Parlament einbringen, einen Behindertenbeauftragten und einen Ausländerbeauftragten zu bestätigen, Dr. Altman.

Ein Satz noch zum Sport, verehrte Abgeordnete, der mir aufgetragen wurde. Es muß nämlich eine völlige Loslösung des Sportes von staatlicher Bindung und Bevormundung erfolgen.

(Schwacher Beifall)

Drittens: Es gehört auch zur Lebensqualität unserer älteren Bürger, neben spürbar erhöhten Renten, daß sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wenn sie nicht mehr berufstätig sind. Dazu ist unser Mitdenken erforderlich, denn es war diese Generation, die in schwerer Arbeit den Neuaufbau nach dem Krieg bewerkstelligte und dann 40 Jahre lang um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen wurde. Kommunikationszentren, Möglichkeiten der Bildung, altersgerechte Pflegemöglichkeiten in der eigenen Wohnung, altersgerechter Wohnraum - das sind notwendige Voraussetzungen dafür, um im Alter nicht einsam

sein zu müssen, sondern die wertvollen Lebenserfahrungen in unsere Gesellschaft einbringen zu können.

(Glockenzeichen des Stellvertreters des Präsidenten
Dr. Höppner)

Mir liegen noch zwei Dinge besonders am Herzen, und ich bitte darum, daß ich dazu sprechen darf. Es darf nicht sein, daß bei der Schnelligkeit der wirtschaftlichen Umstellung menschliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte unberücksichtigt bleiben, nur weil sie angeblich die Effektivität beeinträchtigen. Es muß das Wohl unserer Kinder ein oberster Entscheidungsfaktor sein. Den kindgerechten Umbau der Industriegesellschaft sollten wir als Stück unserer bitteren DDR-Erfahrung in den Einigungsprozeß einbringen und in der neuen DDR-Verfassung als Staatsziel verankern.

(Beifall vor allem bei SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

Die Kinderbetreuungseinrichtungen wollen wir unbedingt erhalten, aber das soziale Niveau muß sich deutlich verbessern. Und das kostet Geld, denn es geht bei den sozialen Vorhaben auch um die Verteilung von Geld. Hierbei wird sich erweisen, welchen Parteien und Gruppierungen das Wohl der Gemeinschaft mehr am Herzen liegt als die Durchsetzung ihrer eigenen, gruppenegoistischen Interessen. Die Fraktion der SPD wird den Antrag einbringen, einen Kinderbeauftragten vom Parlament bestätigen zu lassen.

(Beifall. Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:
Tut mir leid, aber ich muß Sie hier unterbrechen.
Zustimmungs- und Ablehnungsrufe)

Ich bitte darum, noch zum Schwangerschaftsabbruch sprechen zu dürfen. Ich bin eine von den drei Frauen, die hier sprechen durften. Ich bitte darum, meine Redezeit zu verlängern.

(Beifall bei SPD und PDS.)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner: Tut mir leid; das geht nur um den Preis, daß ein anderer Sprecher der Fraktion der SPD sich entsprechend kürzer faßt. Ist die Fraktion damit einverstanden?)

Wäre auch jemand von der CDU bereit, mir etwas abzugeben?

(Unruhe. Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner: Tut mir leid, damit können wir nicht anfangen. Dann wird jetzt hier unterbrochen, wenn die Redner, die von der SPD dran sind, sich einigen, sich fünf Minuten zu teilen und Sie noch einmal zu Wort kommen zu lassen.)

Es geht nur um einen Punkt, eine Minute zum Schwangst
Schaftsabbruch.

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Tut mir leid. Sonst kriege ich die Debatte jetzt bei jedem weiteren Redner. Es ist schade, es ist aber nun gerade meine Fraktion, und da muß ich besonders konsequent sein.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort die Vertreterin der Fraktion der PDS, die Abgeordnete Deneke.

Abg. Frau Deneke (PDS):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die in der Regierungserklärung gemachten Aussagen zur Frauen- und Familienpolitik finden unsere Unterstützung, aber unzureichend sind unserer Meinung nach konkrete Darlegungen zum Wie und zur Umsetzung. Kritisch sind jedoch die in den letzten Wochen vertretenen konservativen Standpunkte zur Frauenpolitik durch die Koalitionsparteien in außerparlamentarischen Erklärungen.

Es gibt keine gegenteilige Auffassung dazu, daß es nicht um die Verteilung von Almosen gehen kann, sondern um einklagba-